



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: Wohnen ist ein Grundrecht

Olching, 04.02.2021

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Mitglied des Finanzausschusses

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi sorgt sich um die Mieterinnen und Mieter der Wohnungskonzerne Vonovia und Deutsche Wohnen, die nun fusionieren wollen. „Wohnen ist ein Grundrecht. Die zu große Marktmacht eines Konzerns birgt die Gefahr noch stärkerer Mieterhöhung. Wir brauchen deshalb mehr Schutz der Mieterinnen und Mieter und vor allem mehr öffentlichen Wohnungsbau.“

Die geplante Fusion der beiden Wohnungskonzerne Vonovia und Deutsche Wohnen betrifft auch zahlreiche Menschen im Landkreis Fürstfeldbruck und Dachau, denn alleine in Fürstfeldbruck besitzt die Vonovia fast 1.000 Wohnungen. Außerdem hat Deutsche Wohnen im vergangenen Jahr die Isaria Wohnbau übernommen, die in Dachau beim ehemaligen MD-Papiergelände aktiv ist. „Wenn sich immer mehr Wohnraum in den Händen gewinnorientierter, privater Konzerne ballt, bedeutet dies so gut wie immer steigende Mieten.“ Dies sei sogar während der Corona-Pandemie, in der viele aufgrund von Kurzarbeit oder Kündigungen weniger Einkommen zur Verfügung haben, der Fall gewesen. „Stattdessen ist es jetzt an der Zeit, mehr öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnraum zu schaffen, um vor allem Menschen mit mittleren und kleineren Einkommen erschwinglichen Wohnraum anzubieten.“

Die Fusion des größten Wohnungsunternehmens Vonovia mit dem zweitgrößten Deutsche Wohnen sieht Schrodi sehr kritisch: „Dieser Zusammenschluss kann zu einer teilweise marktbeherrschenden Stellung führen, weshalb ich hoffe, dass hier das Bundeskartellamt genau hinsieht.“

Durch den starken Zuzug in die Landkreise Dachau und Fürstfeldbruck habe sich die Wohnungssituation vor allem auch für junge Menschen und Beschäftigte mit kleinem bis mittlerem Einkommen wesentlich verschärft. „Nur durch klare Regelungen auf dem Wohnungsmarkt wie einen zeitlich befristeten Mietendeckel und vor allem zeitnahe Investitionen in den öffentlichen Wohnungsbau kann hier Abhilfe geschaffen werden.“



Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat als Bürgermeister der Hansestadt Hamburg mit dem Bau von 10.700 Wohnungen allein im Jahr 2018 vorgemacht, wie es geht“, so Schrodi. Hierfür seien Investitionen notwendig, um genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnungsbau zu fördern. „Nur indem wir sicherstellen, dass neu entstehender Wohnraum keine Rendite für Aktionäre abwerfen muss, können wir sicher sein, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht.“